Andreas Kost, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Genese, Programm und Wirkungen am Beispiel Nordrhein-Westfalen. 1999, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag 217 Seiten.

Das Buch von Andreas Kost setzt sich mit einem klassischen politikwissenschaftlichen Thema auseinander: Den Wirkungen von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden. Fokussiert wird die quantitativ-empirisch angelegte Arbeit auf die Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen. Partielle, vor allem auf Baden-Württemberg bezogene Strukturvergleiche ergänzen diesen Fokus.

Andreas Kost wählt für seine Studie einen politikfeldanalytischen Ansatz und stellt die Frage, welche konkreten Auswirkungen sich aus den materiellen Inhalten von Politik (i.S.v. policies) ergeben. Dazu berücksichtigt er die gegebenen politisch-institutionellen Rahmenbedingungen (i.S.v. polity) – hierunter sind vor allem die Gestaltungsmöglichkeiten der jeweiligen Gemeindeordnungen zu subsumieren – und die gewählte Problemlösungsstrategie (i.S.v. politics) in den Formen eines Bürgerbegehrens bzw. eines Bürgerentscheids. Aus diesem Blickwinkel heraus erfolgt der Aufbau des Buches. Zunächst werden allgemeine institutionelle Variablen (z.B. Gemeindeordnungen, Parteien) und deren Einfluß auf die Instrumente Bürgerbegehren bzw. -entscheid dargestellt. Die folgende Analyse untersucht dann strukturelle Aspekte (z.B. Einwohnerzahlen, Zulässigkeitsvoraussetzungen) und materielle Aspekte (z.B. Wandlung der Partizipationsbereitschaft, Effizienz der Bürgerbegehren). Zentrales Ergebnis dieses Analyseschrittes ist, dass durch die Einführung direktdemokratischer Instrumente eine beteiligungsfreundliche Kommunalverfassung geschaffen wurde, ohne dass dabei bisher das Repräsentationsprinzip deutlich beeinträchtigt wurde (S. 161). Dennoch steht die Mehrheit der Ratsvertreter plebiszitären Instrumenten äußerst skeptisch gegenüber. Dies führt Kost zu dem Resümee, dass sich „... die institutionalisierte Bürgerbeteiligung ... als relativ sparsam und gezielt genutzter Seismograph für Stimmungslagen zu bestimmten Sachfragen mit insgesamt geringen Auswirkungen auf die Machtbalance ...“ entpuppt.

Der anschließende Vergleich zwischen Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg führt zu sehr interessanten Resultaten. Wäh-

rend ein Teil der Ergebnisse – bspw. die Anzahl der Referenden bzw. die Einstellung der Gemeinderäte zu diesem Instrument – in beiden Ländern durchaus gleich ausfallen, werfen andere Befunde kritische Fragen auf. So wird etwa in den nordrhein-westfälischen Untersuchungen deutlich, dass ein hoher Erfolgsgrad von Referenden nicht grundsätzlich mit einem höheren Organisationsgrad der Interessen (durch Verbände, Initiativen etc.) verbunden sein muß. Die baden-württembergischen Vergleichsdaten verweisen dagegen auf einen positiven Zusammenhang dieser beiden Variablen. Kost liefert damit empirische Evidenz für zwei konträre Hypothesen, die „theoretisch“ längst geklärt schienen: Politikwissenschaftliches „Allgemeingut“ ist, dass zur Durchsetzung sozialer, wirtschaftlicher bzw. politischer Interessen zwei Grundvoraussetzungen gehören, die Organisations- und die Konfliktfähigkeit. Die genaue Analyse Kosts weist dagegen – für Nordrhein-Westfalen und die kommunale Ebene – nach, dass auch alternative, weniger manifeste Formen der Interessenartikulation durchaus erfolgreich sein können. Die detaillierte Analyse der Wirkung von institutionellen settings (polity) bei der Vermittlung politischer Interessen (politics) ist ein großes Verdienst dieser Arbeit.

Das Schlußkapitel der Arbeit resümiert die Ergebnisse und skizziert mögliche Perspektiven direktdemokratischer Partizipation. Dabei wird deutlich, dass moderne Massendemokratien dynamischen Bedingungen unterliegen, die mit den genannten Instrumenten eine außerordentliche Herausforderung, aber auch gewisse Lösungspotentiale für die kommunalpolitische Arbeit bieten.

Andreas Kost legt mit dieser Publikation eine empirisch fundierte Arbeit vor, die die vielfältigen Interaktionsmuster zur Interessenmobilisierung von Bürgern und Bürgerinnen hervorhebt. Dabei wird deutlich, dass hier durchaus noch Potentiale zur Stärkung lebendiger politischer Partizipation brachliegen. Die mit dieser Arbeit wieder aufgeworfene, politisch und politikwissenschaftlich spannende Frage nach den Voraussetzungen erfolgreicher direktdemokratischer Partizipation bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für Folgeprojekte.

Karin Esch/Klaus Schubert.

Georg Weißenö (Hrsg.): *Lexikon der politischen Bildung, Band 3: Methoden und Arbeitstechniken*, hrsg. von Hans-Werner Kuhn und Peter Massing, Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts. 2000, 228 Seiten

Trotz aller reformpädagogischen Bemühungen ist die schulische Unterrichtsmethodik bis heute – auch im Fach Politik – geprägt durch;

- ein hohes Maß an Lehrerlenkung, verbunden mit einer ungebrochenen Dominanz des Frontalunterrichts;
- eine Verkopfung des Unterrichts, das heißt, die Schüler haben zu lernen, ihre Körper stillzustellen;
- eine Zentrierung auf kognitive Lernprozesse, die die Aufnahme und Wiedergabe von Wissen in den Mittelpunkt rückt.

In dieser methodischen Monokultur spiegelt sich die problematische Tradition der Buchschule, die aufzuheben auch deshalb bis heute nicht gelungen ist, weil es auch den Politiklehrern an Wissen und Erfahrung hinsichtlich der methodischen Möglichkeiten fehlt, politische Lernprozesse abwechslungsreich, sinnlich, produktorientiert und schülernah zu gestalten. Insofern ist es erfreulich, daß jetzt in einem Sammelband über 200 Methoden und Arbeitstechniken vorgestellt werden, und in diesem Zusammenhang nachhaltig auf die Praxis der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung zurückgegriffen wird, die im Vergleich zur schulischen Methodik schon lange führend ist.

Wer also als Lehrer unter der Monotonie seines Politikunterrichts leidet und/ oder spürt, daß er seine Schüler nicht mehr erreicht, wird in diesem Band, der von rund 60 Fachleuten verfaßt wurde, zahlreiche methodische Anregungen erhalten – z.B. zu den methodischen Varianten Bienenkorb, CNB-Methode, politisches Fahrradfahren, Ideenwand, Partnerinterview, Phantasiereise, Puzzle, Schneeballverfahren, Standbild, Steckbrief etc.

Mit dieser Schrift wurde eine Lücke in der Literatur zur politischen Bildung geschlossen, die für die alltägliche Unterrichtspraxis von großer Bedeutung war und ist.

Bernd Janssen

Walter Gagel: *Einführung in die Didaktik des politischen Unterrichts*. Opladen: Leske + Budrich 2000. 2., überarbeitete Auflage. 384 Seiten, DM 29,80 (UTB 2134)

Walter Gagel hat seine „Einführung in die Didaktik des politischen Unterrichts“, die 1983 zum ersten Male erschienen war, stark überarbeitet und – dies ist bei neuen Auflagen überhaupt nicht selbstverständlich – mit den neueren Diskussionen verknüpft. Dabei hat er die Struktur der ersten Auflage beibehalten, so daß der Leser bzw. die Leserin reizvolles Wiedererkennen und interessantes Neusehen erfährt.

Schwerpunkte der fachdidaktischen Überlegungen sind Inhalte und Ziele, weshalb Methodenfragen zwar erwähnt, aber nicht eigens behandelt werden. Aufgabe des Buches ist es, Theorie der Fachdidaktik in Professionswissen transformieren zu helfen, also die Praxis der Lehrenden theoretisieren zu helfen, ohne konkrete Anleitungen zu machen. Für den Lehrer-Leser geht es also darum, die eigene Praxis bei der Lektüre des Buches besser zu verstehen – das macht den Reiz und den Gewinn der Lektüre aus!

Die „Struktur der Inhalte“ – eine Begrifflichkeit und Fragestellung, der ich größere Verbreitung wünsche als bisher gegeben ist – meint nicht die Auflistung möglicher Gegenstände für den Unterricht, sondern die Vermittlung von Sache und Lernendem im Prozeß des Lernens. So hat z.B. Institutionenkunde eine systematische Struktur (an System und an Wissenschaft gelehnt), während das Fallprinzip eine didaktische Struktur hat (am Prozeß der Auseinandersetzung des Lernenden mit dem Gegenstand orientiert). Wir können also fragen: „Welches Bild von Politik erhalten die Schüler, je nachdem, ob sie nach der Institutionenkunde oder nach dem Fallprinzip unterrichtet werden?“ (S. 64) Zwar hat eine solche Entscheidung Implikationen für die Unterrichtsmethode, die Frage zielt aber nicht hierauf, sondern auf die Konstitution der Sache im Lernprozeß.

Alle Lehrenden haben als Dauerproblem die Frage, wie „Lebensbezug (das Konkrete) und wissenschaftliches Wissen (das Abstrakte, die Generalisierung) mit einander in Verbindung gebracht werden können“ (S. 76). Gagels Überlegungen zur Inhaltsstruktur (wozu Situa-

tion und Problem neben Fall und Institution ausführlich erläutert werden) kennzeichnen die Brücke zwischen Mikro- und Makrowelt – sie sind m.E. äußerst fruchtbare Reflexionen zu einem zentralen Planungs- und Entscheidungsproblem von Lehrenden. Mir scheint dies auch das zentrale Thema des dritten Kapitels zur Inhaltsauswahl zu sein. Betroffenheit und Bedeutsamkeit werden unterschieden, Suchinstrumente statt Inhaltskataloge werden für die Inhaltsauswahl dargestellt.

Gagel wählt für die Behandlung von Zielen die Unterscheidung von Denkenlernen und Handellernen. In den letzten 20 Jahren sei „Handeln“ stark betont worden, allerdings als methodisches Handeln der Lernenden im Unterricht, nicht als politisches Handeln – worauf Unterricht auch gar nicht direkt zielen kann! Seine Aufgabe ist die Vorbereitung dieses Handelns durch die Förderung mentaler Bewertungs- und Auswahlprozesse.

Denkenlernen ist zu begreifen ist strukturelles Lernen, also als Erwerb von Kategorien, Operationen, Schemata und mentalen Modellen (ein solches Modell kann z.B. der Politikzyklus sein). Kognitive Strukturen dienen der Selektion beim Wahrnehmen, der Verarbeitung von Informationen, ihrer Bewertung und dem gedanklichen Probe-Handeln. (Mir scheint übrigens, man könnte von hier aus zu einem fachdidaktisch anspruchsvollen Begriff von Unterrichtsmethode gelangen, der auf die Bewegung der Sache Politik und auf alltägliche Zugänge und damit auch auf die Motivation der Lernenden aus ist.)

Diese strukturelle Lerntheorie ermöglicht die Angabe eines Stufenmodells des Aufbaus kognitiver Strukturen, in dem kognitive Komplexität zunimmt. So werden die Lernaufgaben „Fundamentale Probleme“ – „Kontroverses Denken“ und „Problemlösungsfähigkeit“ angemessener gelöst. An dieser Stelle kommen

allgemeine Lerntheorie und fachlicher Gegenstand zusammen.

Das zweite Kapitel zu Zielen betrifft den Erwerb der Fähigkeit und Stellungnahme und Handeln, also einer evaluativen Orientierung. Gagel nutzt das Konzept Kohlbergs, um Strukturen moralischen Urteilens zu erläutern. Über die Analogie zum Konstrukt kognitiver Komplexität kann er somit einerseits an die kognitiv-strukturelle Lerntheorie anknüpfen und andererseits den Zusammenhang zur bereichsspezifischen Komplexität von Politik herstellen. Diese Komplexität wird mit Hilfe des Modells des politischen Entscheidungsdenkens von Bernhard Sutor (das ja auch ein Modell für den Unterrichtsprozeß ist) erläutert. So gelingt es, ganz unpolemisch die Unterscheidung von moralischem und politischem Urteil und ihre Beziehung zueinander darzustellen. Mit diesen Schlüsselfragen schließt das Kapitel: „An welchen Leitideen orientiert sich mein Unterricht? Handelt es sich ... um (mehr oder weniger) feststehende Werte oder um Prinzipien des reflektierenden moralischen Urteilens und Handelns?“ (Es folgt noch ein – auch lesenswertes – Kapitel zu Fragen der Legitimierung von Inhalten und Zielen des politischen Unterrichts.)

Ich möchte dieses Buch allen Politiklehrerinnen und -lehrern als Lektüre empfehlen! Es erfüllt seine am Anfang skizzierte Aufgabe hervorragend, dem praktizierenden Lehrer Reflexionshilfen für die Analyse und Bewertung seines laufenden Unterrichts zu geben. Profunde Belesenheit, die Verwicklung anderer Autoren und des Lesers im Dialog, der Verzicht auf Polemik, die Strukturierung zentraler fachdidaktischer Themen zeichnen das Buch aus – kurzum, ein großer Gewinn für die Fachdidaktik!

Sibylle Reinhardt